

BESCHLUSSVORLAGE	Gremium:	8. Plenarsitzung Gemeinderat
	STADT KARLSRUHE Der Oberbürgermeister	Termin: Vorlage Nr.: TOP:
Verantwortlich: Dez. 6		
Wiederaufnahme der Teilfortschreibung FNP-Wohnen 2030 des Nachbarschaftsverbandes Karlsruhe (NVK): Vorberatung der Verbandsversammlung des NVK am 09.03.2015		

Beratungsfolge dieser Vorlage	am	TOP	ö	nö	Ergebnis
Gemeinderat	03.02.2015	13	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	genehmigt
			<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	

Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss

Der Gemeinderat stimmt den Empfehlungen der Planungsstelle des NVK zur Fortschreibung des Flächennutzungsplans 2030 Schwerpunkt Wohnen in der Vorlage des Nachbarschaftsverbandes Karlsruhe für die Verbandsversammlung am 9. März 2015 zu.

Daraus folgt:

- Die Anpassung der dargelegten Werte des Dichtemodells aus dem Flächennutzungsplan 2010 als Datengrundlage für die Bedarfsermittlung der Wohnbauflächen.
- Die Stadt Karlsruhe verwendet Teile ihrer rechnerisch ermittelten Bedarfe, um die negativen Bilanzen anderer Mitgliedsgemeinden des NVK auszugleichen.
- die Wiederaufnahme der Fortschreibung Schwerpunkt Wohnen unter den beschriebenen Rahmenbedingungen.

Finanzielle Auswirkungen		nein <input checked="" type="checkbox"/>	ja <input type="checkbox"/>
Gesamtkosten der Maßnahme	Einzahlungen/Erträge (Zuschüsse u. Ä.)	Finanzierung durch städtischen Haushalt	Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgeerträge und Folgeeinsparungen)
Kontierungsobjekt: Ergänzende Erläuterungen:		Kontenart:	
ISEK Karlsruhe 2020 - relevant	nein <input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/>	Handlungsfeld: Städtebau	
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)	nein <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/>	durchgeführt am	
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	nein <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/>	abgestimmt mit	

Welche Auswirkungen hat die Wiederaufnahme der Fortschreibung mit dem Schwerpunkt Wohnen für Karlsruhe?

Das Regierungspräsidium als Genehmigungsbehörde betrachtet jeden Flächennutzungsplan grundsätzlich als Einheit. Auch wenn einzelne Gemeinden einen hohen Bedarf nachweisen können, gilt: Sobald die Gesamtbilanz im Geltungsbereich des Planes negativ wäre, würden keine neuen Flächen genehmigt werden. Als Grundlage für die Bedarfsberechnung dient die Bevölkerungsvorausrechnung des Statistischen Landesamtes (StaLa), die im Juli 2014 veröffentlicht wurde.

Die bisherige zu nutzende Prognose des StaLa aus dem Jahr 2007 zeigte für alle NVK-Gemeinden (auch für Karlsruhe) eine negative Entwicklung auf. Dies deckte sich nicht mit der tatsächlichen Entwicklung. Die neue Vorausrechnung des StaLa auf Basis des Zensus 2011 kehrt diesen Trend um und bestätigt die Bevölkerungsprognose des Amtes für Stadtentwicklung von 2012. Hier geht man nun von einem Einwohnerplus in fast allen Stadtkreisen und in vielen Landkreisen aus.

Die Überarbeitung schafft Entwicklungsspielräume. Auch wenn die meisten Umlandgemeinden weiterhin über mehr Wohnbauflächen im bestehende Flächennutzungsplan 2010 als errechnete Bedarfe verfügen, fällt die Gesamtbilanz des NVK für den zugrunde gelegten Prognosezeitraum (2013 - 2030) positiv aus. Dies ist hauptsächlich an den immensen Wachstumsraten der Stadt Karlsruhe festzumachen, welche die Überhänge in den Umlandgemeinden kompensieren.

Hier die Rahmenbedingungen für die Fortschreibung:

- Rein rechnerisch kann die Stadt Karlsruhe einen Bedarf von maximal 258 ha neuen Wohnbauflächen nachweisen.
- Außer Karlsruhe kann im NVK nur Eggenstein-Leopoldshafen Neuausweisungsbedarfe in Höhe von maximal 18 ha darstellen.
- Ohne Karlsruhe verfügen die Mitgliedsgemeinden in der Summe über eine negative Bilanz von mindestens -167 ha.
- In Verbindung mit dem Karlsruher Ergebnis kann der NVK immerhin einen Bedarf von maximal 91 ha nachweisen.

Die Planungsstelle empfiehlt, dass die Stadt Karlsruhe eine Kooperation mit den Umlandgemeinden eingeht und Teile ihrer errechneten Bedarfe nutzt, um deren Defizite zu decken. Dies hätte folgende Auswirkungen:

- Die Suchkulisse für Neuausweisungen auf Karlsruher Gemarkung beläuft sich auf maximal 85 ha.
- Eggenstein-Leopoldshafen kann auf eine Suchkulisse von 6 ha zurückgreifen.
- Die restlichen Mitgliedsgemeinden können keine Flächen neu ausweisen - sie können aber Flächen tauschen.
- Die für Karlsruhe prognostizierten Einwohnerzuwächse können nicht vollumfänglich realisiert werden.

Beschluss:

Antrag an den Gemeinderat

Der Gemeinderat stimmt den Empfehlungen der Planungsstelle des NVK zur Fortschreibung des Flächennutzungsplans 2030 Schwerpunkt Wohnen in der Vorlage des Nachbarschaftsverbands Karlsruhe für die Verbandsversammlung am 9. März 2015 zu.

Daraus folgt:

- die Anpassung der dargelegten Werte des Dichtemodells aus dem Flächennutzungsplan 2010 als Datengrundlage für die Bedarfsermittlung der Wohnbauflächen.
- Die Stadt Karlsruhe verwendet Teile ihrer rechnerisch ermittelten Bedarfe, um die negativen Bilanzen anderer Mitgliedsgemeinden des NVK auszugleichen.
- die Wiederaufnahme der Fortschreibung Schwerpunkt Wohnen unter den beschriebenen Rahmenbedingungen.

Hauptamt - Ratsangelegenheiten -
30. Januar 2015